Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 258 (1979)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Sonderegger, Hans Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-376316

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

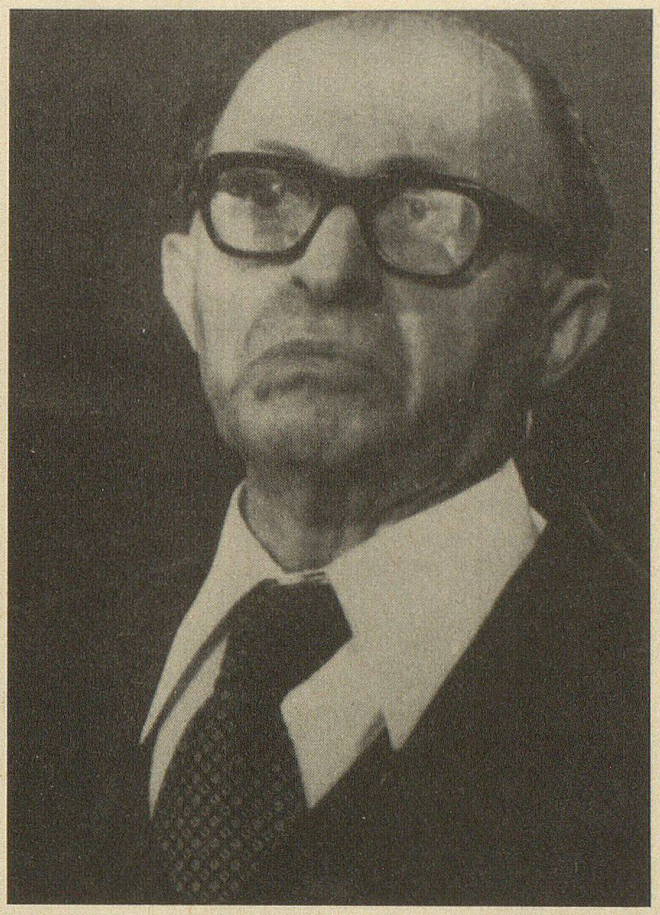
Download PDF: 22.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

von Hans Ulrich Sonderegger

Präsident Sadat (Keystone)



Ministerpräsident Begin (Keystone)

Das vergangene Jahr hat einmal mehr bewiesen, dass auch in der Politik Wunder nur selten geschehen. Die Friedenshoffnungen, die Präsident Sadats dramatische Reise nach Jerusalem auslöste, haben sich an der vertrackten Wirklichkeit eines jahrzehntealten Konflikts rasch abgekühlt. Auch im Nahen Osten kehrt der Friede nicht über Nacht ein. Der staatsmännischen Grösse Sadats kann diese Entwicklung allerdings nicht Abbruch tun. Liegt das Versagen daran, dass seine Gegner im arabischen Lager und in Israel die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt haben? Verzweiflung der Heimatlosen treibt die Palästinenser zu immer neuen und extremeren Taten. Despoten in Syrien und Libyen hilft ein schwelender Konflikt über innere Schwierigkeiten hinweg. Den Sowjets hält der Streit um Palästina die Tür zum Nahen Osten geöffnet. Ein dreissigjähriger blutiger Kampf ums nationale Überleben hat die Israeli in Sicherheitsfragen sensibel werden lassen. Von entscheidenden Konzessionen gegenüber den Palästinensern wollen sie nach vier gewonnenen Kriegen und im Gefühl von Macht und Überlegenheit nichts wissen.

Israels Unnachgiebigkeit gegenüber Ägypten blieb nicht ohne Auswirkungen auf seine Beziehungen zu den USA. Washington kann aus globalen Interessen nicht einseitig auf die Karte Jerusalems setzen. Der Energienabel des Westens liegt in Arabien. Sich mit der

arabischen Seite gut zu stellen, liegt im Interesse der westlichen Industrienationen. Zu gerne nämlich ist der weltpolitische Gegenspieler Washingtons bereit, an seine Stelle zu treten. Das hat Moskau in diesem Spannungsfeld durch seinen rücksichtslosen Einsatz in Äthiopien bewiesen. Ohne mit der Wimper zu zucken wandten sich die Sowjets von ihrem einstmals so gehätschelten aber schmächtigen Somalia ab, um auf den einträglicheren Trumpf in Addis Abeba zu setzen. Mit massiver sowjetischer Waffenhilfe, dem Einsatz seines kubanischen Vasallen und unter Missachtung der Entspannungspolitik suchten und fanden die sowjetischen Führer am Horn von Afrika die Entscheidung zu ihren Gunsten. Moskau sieht sich seinem Traum, ein sowjetisches Satellitenreich am Roten Meer, ein Krebsgeschwür an lebenswichtigen Versorgungssträngen des Westens, einen Schritt näher gerückt.

Washington hat diesem Verstoss gegen die Entspannungspolitik tatenlos zugeschaut. Massgebliche Kreise in der Umgebung des in aussenpolitischen Fragen auf weite Strecken noch unerfahrenen Präsidenten Jimmy Carter glauben nicht an ein dauerndes Fussfassen Moskaus auf dem afrikanischen Kontinent. Die Erfahrungen in Ägypten, dem Sudan und Somalia scheinen ihnen recht zu geben. Angola, Äthiopien und vielleicht auch Rhodesien könnten auf schmerzliche Weise das Gegenteil beweisen. Dort haben die Gespräche zwischen der weissen Regierung Smith und gemässigten schwarzen Nationalisten erstmals Bewegung in die verfahrene Lage und Aussichten auf eine friedliche, von den direkt Betroffenen getragene Lösung gebracht. Anders als in vielen ehemaligen Kolonialländern soll die Unabhängigkeit nicht im Chaos und im Auszug der Weissen enden. Die sogenannte interne Lösung sieht einen schrittweisen Übergang der Macht an gemässigte schwarze Führer vor, die über einen breiten Rückhalt im Volke verfügen. Das passt nicht in die Pläne der schwarzen Guerilla, die das Land mit Terror überzieht und nicht unwesentlich zum Nachgeben der weissen Minderheitsregierung beitrug. Gemeinsam mit London versucht Washington die beiden Parteien ins Gespräch zu bringen, versagt aber auf diese Weise der «internen Lösung» die erforderliche Unterstützung.

Washingtons Politik des Verzichts auf weissen politischen Einfluss im schwarzen Erdteil hinterliess auch in Südafrika seine Spuren. Mit amerikanischer Unterstützung verhängte der Sicherheitsrat der UNO ein Waffenembargo gegen die weisse Republik am Kap. Unmittelbaren Anlass dazu gab Pretorias Schlag gegen schwarze Oppositionelle. Unbeeindruckt zeigte sich jedoch die weisse Wählerschaft Südafrikas, die der seit dreissig Jahren herrschenden und für die Rassenpolitik verantwortlichen Nationalen Partei zu einem noch grösseren Wahlsieg verhalf.

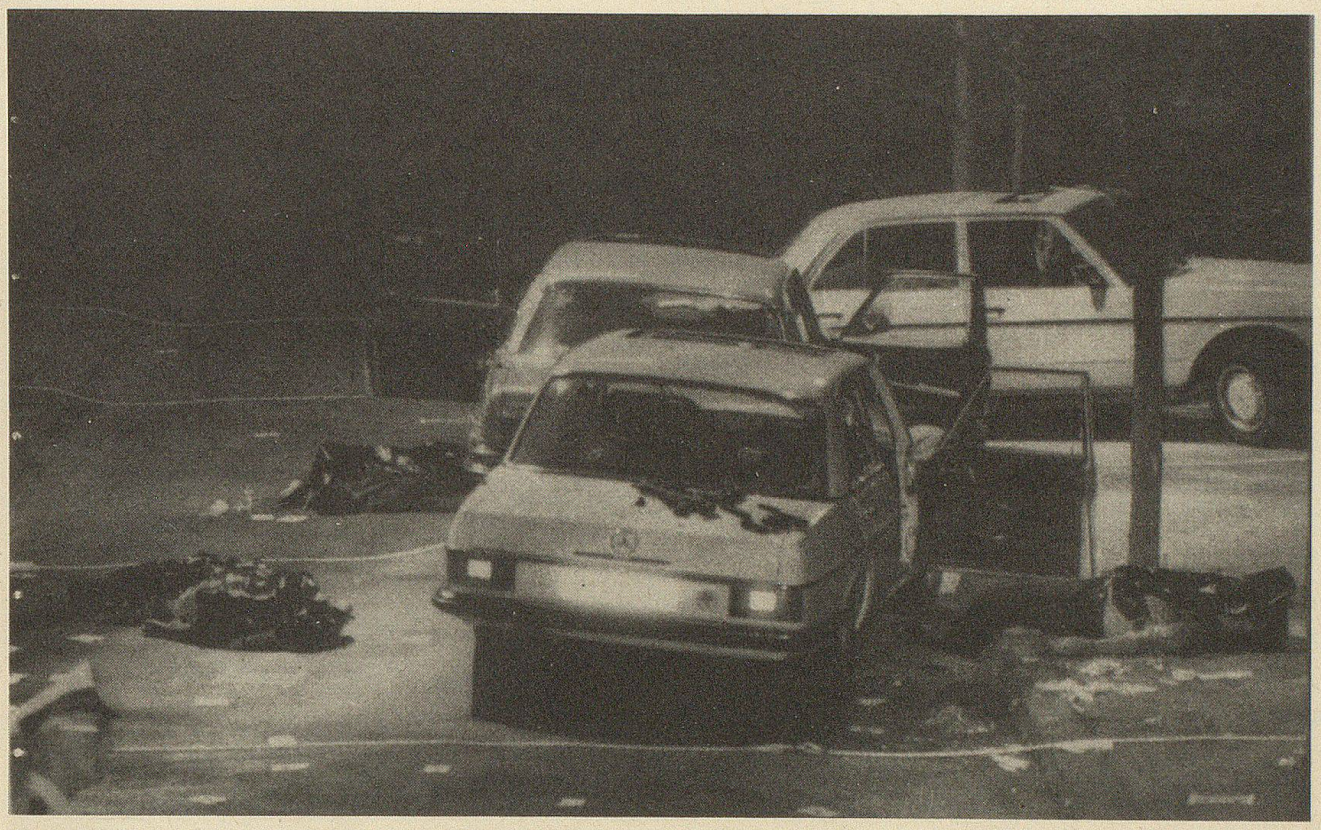
Solche politische Stabilität hat sich — recht unerwartet — auch in Frankreich gezeigt. Den in einem gemeinsamen Programm halbwegs zusammengeschlossenen Linksparteien ist es nicht gelungen, die zwanzigjährige Herrschaft des Bürgerblocks zu sprengen. Die Re-

Magnetopath

empfiehlt sich für Fernbehandlungen jeder Art, wie vor Prüfungen, Examen usw. Abschirmung von Wasseradern

Josef Bischof

9035 Grub-Heiden
Telefon 071 91 27 27



Grauenhafte Tat deutscher Terroristen
Überfall und Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer. Beim Überfall auf seinen Wagen mussten drei seiner Begleiter ihr Leben lassen. (Keystone)

gierungsparteien konnten, aller Unkenrufe zum Trotz, ihre Mehrheit im Parlament verteidigen. Die Stimmenverluste der Gaullisten zugunsten der liberaleren Giscardisten deuten allerdings auch hier auf einen Zug zur Mitte hin.

Was der französische Wähler an der Urne unzweideutig zum Ausdruck brachte, ist für seinen lateinischen Nachbarn im Osten anscheinend ein Wunschtraum. Stabilität in Staat und Gesellschaft können Italiens Regierungsparteien nur noch auf Zeit und um den Preis kommunistischer Einflussnahme aufrechterhalten. Die jüngste Regierungsbildung unter Giulio Andreotti hat der mächtigen Partei Enrico Berlinguers zwar noch nicht den erhofften Eintritt ins Kabinett, aber eine direkte Mitsprache an den wichtigen politischen Entscheidungen gebracht. Aber auch diese scheinbare Stabilität ist schon in den ersten Wochen durch den bisher unverfrorensten Terrorakt in Italien, die Entführung des früheren Ministerpräsidenten Aldo Moro, in Frage gestellt worden. Zwar haben sich alle Parteien und Gewerkschaften hinter den Staat gestellt. Die offensichtliche Unfähigkeit einer schwachen Regierungskoalition, dem Zerfall in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat wirksam begegnen zu können, hat dem Ruf nach kommunistischen Ordnungshütern neuen Auftrieb gegeben.

Die dramatische Entführung des Römer Spitzenpolitikers hat Italien mit einem Schlag in die lange geleugnete Schicksalsgemeinschaft mit seinem nördlichen EG-Partner BR Deutschland gebracht. Bislang war der Terror der Roten Armee Fraktion, dem nach Generalstaatsanwalt Buback und dem Bankier Ponto auch der Arbeitgeberpräsident Schleyer zum Opfer fiel, in lateinischen Ländern nur zu gerne als eine germanische Eigenart verurteilt worden. Jetzt muss man auch dort er-

kennen, dass politischer Terror weit mehr ein Auswuchs der industriellen Gesellschaft ist, denn ein Kind nationaler Geister. Ob sich die europäischen Staaten aus dieser Erkenntnis heraus zu gemeinsamem Handeln finden werden, wird sich erst noch beweisen müssen.

Erfreulicheres auf der europäischen Szene lässt sich in Spanien finden. Dort ist es unter der zielstrebigen Führung des Zentrumpolitikers Adolfo Suarez überraschend reibungslos gelungen, das Land von seinen franquistischen Strukturen schrittweise zu lösen und den Anschluss an westeuropäische Massstäbe finden zu lassen. Aber auch in Grossbritannien scheinen sich dank Nordseeöl und konsequenter Stabilitätspolitik des mit liberaler Unterstützung regierenden Kabinetts Callaghan Lichtblicke aufzutun.

Nicht ungetrübt ist dagegen das Verhältnis Westeuropas zu seinem amerikanischen Verbündeten geblieben. Zwar hat die unter Nixon eingeleitete Rückbesinnung auf atlantische Verpflichtungen mit einer Verstärkung des Nato-Beitrages unter Jimmy Carter sichtbaren Ausdruck gefunden. Die akute Schwindsucht der amerikanischen Währung aber belastet in zunehmendem Masse das Verhältnis zwischen den Verbündeten, weil sie die Absatzchancen einer immer noch kränkelnden europäischen Wirtschaft hemmt. Washington aber lässt es an Taten fehlen. Ein Versuch Carters, die USA von Erdöleinfuhren — die Hauptursache der Dollarschwäche — unabhängiger zu machen, stösst auf grossen innenpolitischen Widerstand. Der amerikanische Präsident hat jedoch in seinem ersten Amtsjahr nicht nur darin wenig Glück gehabt. Die Aufbruchstimmung, die seine Amtsübernahme begleitete, ist Ernüchterung, teilweise Enttäuschung gewichen. Seine Menschenrechtsoffensive hat nur in schwachen, amerikanischem Druck ausgelieferten Ländern Erfolge gezeitigt. Moskau verbietet sich wie eh ausländische Einmischung und reagiert entsprechend abweisend. Die Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz, auf die Bürgerrechtler im Osten so grosse Hoffnungen setzten, endete im Misserfolg. Fortschritte bleiben auch an der Abrüstungsfront aus. Über «Salt 2», die weitergehende Begrenzung der strategischen Aufrüstung, wird immer noch verhandelt. Durch massive sowjetische Waffenproduktion aufgeschreckt, bangen immer weitere Kreise der USA um das globale Gleichgewicht der Kräfte. In Europa scheint man sich darüber noch nicht überall Rechenschaft geben zu wollen. Die Stationierung der von Washington in Aussicht gestellten Neutronenwaffen stösst hier, begleitet von äusserst kräftigem propagandistischem Sperrfeuer der Sowjets, auf Indifferenz und Ablehnung. Dabei vermöchte sie nach einhelliger Ansicht der Strategen das Übergewicht sowjetischer Panzerdivisionen in Grenzen zu halten.

Grosse Dinge tun sich in der Volksrepublik China. Dort haben sich am jüngsten Volkskongress der Kommunistischen Partei Chinas die Befürworter der neuen ökonomischen Politik auch offiziell durchgesetzt. Die mit Maos Kulturrevolution geweckten Kräfte müssen anscheinend endgültig das Feld räumen. Anstatt nur die Worte des Grossen Vorsitzenden zu zitieren, soll jetzt hart gearbeitet werden. Die chinesischen Führer setzen zu einem neuen grossen Sprung nach vorn an, der dem unterentwickelten Land bis zur Jahrhundertwende den Anschluss an die Wirtschaftsgrossmächte ermöglichen soll. Nicht erfüllt haben sich dabei Spekulationen über eine Annäherung an den Westen, auch wenn China verstärkt auf ausländische Technologie angewiesen sein wird.

Dass Indochina auch nach dem Abzug der amerikanischen «Imperialisten» und dem Sturz ihrer «Marionetten» seinen Frieden nicht finden kann, beweisen nicht nur die Tragödien der Flüchtlinge auf hoher See, sondern auch die anhaltenden Grenzkonflikte zwischen Vietnam und Kambodscha. Die blutigen Kämpfe, die sich jetzt zwischen kommunistischen Brüdern, aber unter Ausschluss der Weltöffentlichkeit abspielen, vermögen jedoch im Westen keine Kriegsgegner mehr zu mobilisieren. So wenig wie der Gleichschaltungskrieg der kambodschanischen Jakobiner, dem Hunderttausende zum Opfer fielen, das vor kurzem noch so wache Gewissen der abendländischen Jugend zu rühren weiss.